

## Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens in Deutschland bei den Bundestagswahlen 1987, 1998 und 2002: Eine Anwendung des Modells von Adams, Merrill und Grofman

*Marc Debus*

*Das Wahlverhalten kann durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst werden. Dazu zählen die Zugehörigkeit eines Wählers zu bestimmten sozialen Gruppen oder eine subjektiv empfundene Nähe zu einer Partei in Form einer Parteiidentifikation. Zwei weitere mögliche Annahmen sind inhaltlicher Natur: Wähler sollten sich für die Partei entscheiden, die ihnen programmatisch am nächsten steht oder von der sie erwarten, dass sie die wichtigsten Probleme am besten lösen kann. Des Weiteren kann die Wahlentscheidung auch von der Kandidatenpräferenz abhängen. Auch die wahrgenommene wirtschaftliche Lage kann das Wahlverhalten beeinflussen. In diesem Beitrag wird gezeigt, dass in Deutschland Parteiidentifikation, Problemlösungskompetenz, sozialstrukturelle Merkmale und auch die Kanzlerpräferenz einen entscheidenden Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben. Die Analyse basiert auf dem Modell von Adams, Merrill und Grofman (2005) und verwendet die Daten der Deutschen Nationalen Wahlstudien von 1987, 1998 und 2002.*

Schlagwörter: Wahlverhalten, Bundestagswahlen, Kanzlerkandidatenpräferenz, „Valenz-Issues“

### *1. Fragestellung\**

In einer Studie, die das Wahlverhalten in Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Norwegen untersucht, zeigen Adams, Merrill und Grofman (2005), dass das Distanzmodell von Downs (1957) nur eine geringe Erklärungskraft aufweist. Vielmehr beeinflussen Parteiidentifikation und auch sozialstrukturelle Merkmale das Wahlverhalten. Gilt dies auch für Deutschland? Sind die von Adams, Merrill und Grofman berücksichtigten Faktoren hinreichend für die Erklärung des Wahlverhaltens, oder haben bisher nicht mit in deren Analyse einbezogene Variablen eine ebenso große Erklärungskraft wie sie Parteiidentifikation und sozialstrukturelle Eigenschaften der Wähler aufweisen? Anhand einer Anwendung des Modells auf die Deutschen Nationalen Wahlstudien von 1987, 1998 und 2002 soll gezeigt werden, dass auch bei Bundestagswahlen ideologische und politikfeldspezifische Distanzen zwischen Wähler und Parteien nur von geringer Bedeutung sind. Allerdings haben neben Parteiidentifikation und sozialstrukturellen Faktoren insbesondere eine den Parteien durch die Wähler zuge-

---

\* Für wertvolle Anregungen und Kommentare danke ich James Adams, Thomas Bräuninger und Sam Merrill sowie den anonymen Gutachtern und der Redaktion der PVS.

schriebene Problemlösungskompetenz und die Kanzlerpräferenz eine hohe Erklärungskraft für das Wahlverhalten.

Der Aufsatz gliedert sich wie folgt: Zunächst wird ein Literaturüberblick über Erklärungsansätze des Wahlverhaltens gegeben. Im darauffolgenden Abschnitt wird das hier angewandte Modell von Adams, Merrill und Grofman (2005) näher vorgestellt. Anschließend wird die Übertragung des Modells auf die Daten der Deutschen Nationalen Wahlstudien dargelegt. Der fünfte Abschnitt umfasst die Ergebnisse der Analyse. In der Schlussbetrachtung werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und sich ergebende Anreize für weitere Studien diskutiert.

## *2. Literaturüberblick: Erklärungsansätze für das Wahlverhalten*

Die Analyse des Wahlverhaltens stellt einen zentralen Aspekt der Politischen Soziologie dar, der in eine Reihe von Perspektiven untergliedert werden kann (vgl. Bürklin/Klein 1998: 18f.; Roth 1998: 23ff.). Für den sozialstrukturellen Ansatz der „Columbia-School“ (Lazarsfeld et al. 1944) stellt die Zugehörigkeit eines Wählers zu einer sozialen Gruppe den entscheidenden Einflussfaktor auf die Wahlentscheidung dar. Durch langfristig prägende soziale Konfliktlinien (Lipset/Rokkan 1967) entstehen Allianzen zwischen sozialen Gruppen auf der einen und politischen Parteien auf der anderen Seite. Dementsprechend sollte ein in eine solche soziale Gruppe eingebundenes Individuum für die Partei stimmen, die die jeweilige soziale Schicht am ehesten repräsentiert.

Im Fall Deutschlands prägen aus dieser Perspektive zwei Konfliktlinien das Wahlverhalten (vgl. Pappi 1973, 1977), die langfristig stabile Allianzen zwischen sozialen Gruppen und Parteien hervorgebracht haben (vgl. Müller 1998, 2000). Dies ist zum einen der historisch ältere Gegensatz zwischen der römisch-katholischen und evangelischen Konfession, der sich zu einem Gegenüber von säkularen und kirchennahen Einstellungen in der Wählerschaft gewandelt hat (vgl. Pappi 1985; Wolf 1996). Gemäß der sozialstrukturellen Perspektive des Wahlverhaltens stellen Wähler mit starker Kirchenbindung die Kernklientel der Christlich-Demokratischen Union (CDU) bzw. der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) dar (vgl. Müller 1998: 14, 28; Forschungsgruppe Wahlen 2005: 35). Eine ähnliche, jedoch auf sozio-ökonomischen Gegensätzen beruhende Allianz, die im Wahlverhalten ihren Ausdruck findet, zeigt sich zwischen Arbeitern und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD; vgl. Rohe 1992: 83ff.). Wenn auch durch den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft der Anteil der (gewerkschaftlich gebundenen) Arbeiterschaft als klassisches Wählersegment der Sozialdemokratie an der Bevölkerung zurückgeht, so bildet diese soziale Gruppe dennoch nach wie vor das zentrale Wählersegment der SPD (vgl. Müller 1998: 28, 33; Forschungsgruppe Wahlen 2005: 27ff.).

Auch für die Grünen (seit 1991: Bündnis90/Die Grünen) sowie für die Freien Demokraten (FDP) kann auf der Grundlage der Theorie sozialer Konfliktlinien eine Kernklientel bestimmt werden. Folgt man dem Schema von Pappi und Shikano (2002: 456f.), so nimmt auf der sozioökonomischen Konfliktdimension die FDP die Interessenvertretung der Selbstständigen und damit den Gegenpart zu den Sozialdemokraten ein. Als parteipolitisches Gegenüber der CDU/CSU auf der konfessionell-religiösen

Spaltungslinie schlagen die beiden letztgenannten Autoren die Grünen vor, die demzufolge die konfessionslosen Wähler an sich binden sollten. Legt man jedoch Studien zur „stillen Revolution“ (Inglehart 1977) zugrunde, so kann man von der Entstehung einer neuen Konfliktlinie seit den 1980er Jahren sprechen, die zwischen Anhängern links-libertärer und rechts-autoritärer Werte verläuft. Insbesondere Personen mit erstgenannter Wertepräferenz weisen eine hohe Affinität zur Wahl ökologisch-grüner Parteien auf (Kitschelt 1994: 27ff.). Gerade diese Gruppe ist durch einen hohen Bildungsgrad charakterisiert (vgl. Klein/Falter 2003: 34f.), sodass dieses Merkmal als Prädiktor für eine Wahlabsicht zugunsten der Grünen angesehen werden kann (vgl. auch Müller 1998: 15).

Diesem Ansatz steht die sozialpsychologisch geprägte Theorie der „Michigan-School“ (Campbell et al. 1960) gegenüber. Deren Vertreter argumentieren, dass jeder Wähler seine „Umwelt“ anders wahrnimmt und dementsprechend nicht per se einer spezifischen sozialen Gruppe zugeordnet werden kann. Damit ist auch nicht a priori festgelegt, für welche Partei ein Wähler stimmen wird. Vielmehr bildet sich durch eine Reihe von latenten Faktoren, denen die „Michigan-School“ einen entscheidenden Einfluss auf das Wahlverhalten einräumt, eine langfristig bestehende Parteiidentifikation heraus. Diese „psychische Parteimitgliedschaft“ wird in der frühen Phase der politischen Sozialisation erworben. In der „Determinantentrias“, die sich aus langfristig wirkender Parteiidentifikation sowie aus den eher als kurzfristig veränderbar angesehenen Faktoren der Sachfragen- und Kandidatenorientierung zusammensetzt, wird der Parteiidentifikation eine entscheidende Bedeutung beigemessen (vgl. Bürklin/Klein 1998: 61). Aufgrund von Prozessen des sozialen Wandels (z.B. Parsons 1971) wird jedoch häufig argumentiert, dass der Effekt der Parteiidentifikation auf die Entscheidung zugunsten kurzfristiger Faktoren, wie der Kandidaten- oder Sachfragenorientierung, abnimmt. Dieser Prozess der „Individualisierung“ (Beck 1986; Schnell/Kohler 1995; kritisch Müller 1997) oder des „Dealignment“ (Dalton 1984; Dalton et al. 1984; Arzheimer 2006) sollte also dazu führen, dass in empirischen Analysen des Wahlverhaltens der Effekt der Parteiidentifikation wie auch der Einfluss sozialstruktureller Merkmale abnimmt, während kurzfristige Faktoren an Bedeutung gewinnen. In der Analyse zum Wahlverhalten bei Bundestagswahlen zeigt sich jedoch einerseits, dass die langfristige Bindung an eine Partei nach wie vor ausschlaggebend ist (vgl. Kellermann/Rattinger 2005: 209f.). Andererseits können Schmitt-Beck, Weick und Christoph (2006) anhand von Längsschnittdaten zeigen, dass, im Gegensatz zu den Vermutungen der „Michigan-School“, die Parteiidentifikation nicht langfristig stabil bleibt. So identifizieren sich nur knapp ein Viertel (23,7 Prozent) der Befragten in Westdeutschland im Zeitraum von 1984 bis 2001 mit immer derselben Partei (vgl. Schmitt-Beck et al. 2006: 586).

Ein weiterer Forschungsstrang nimmt explizit Aspekte des kandidatenorientierten Wählens in den Blick und argumentiert, dass der Grad der Personalisierung von Wahlkämpfen international ansteigt und einen stärker anwachsenden Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten hat (vgl. Wattenberg 1991; Brettschneider 2002; Gabriel/Neller 2005; Schoen 2007). Kandidaten gelten dabei nicht nur als Vermittler programmatischer Inhalte (Römmele 2005: 428). Vielmehr zeigen diese Studien, dass sich Wähler auch aufgrund persönlicher Merkmale von Kandidaten für eine bestimmte Partei entscheiden. Auch aus einer langfristigen Perspektive heraus zeigt sich der Effekt des kan-

didatenzentrierten Wählens in Deutschland (vgl. Klingemann/Taylor 1977; Vetter/Gabriel 1998). In einer vergleichenden Analyse der deutschen Bundestagswahlen von 1994, 1998 und 2002 kommen Gabriel und Neller (2005: 239) zu der Schlussfolgerung, dass, unter der Kontrolle von Parteiidentifikation und der Orientierung an inhaltlichen Positionen, die Kandidatenpräferenzen der Wähler in der Tat einen Einfluss auf deren Wahlentscheidung ausüben, wobei sich dieser Einfluss jedoch von Wahl zu Wahl unterscheidet. Der unterschiedliche Einfluss des Kandidatenfaktors zeigt auch eine Analyse von Pappi und Shikano (2001), die den Einfluss von Spitzenpolitikern von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zwischen 1980 und 1998 auf die Wahlabsicht untersucht.

Politökonomische Modelle (Downs 1957; vgl. Hinich/Munger 1997: 21ff.; Grofman 2004) unterstellen hingegen, dass Wähler sich inhaltlich rein Nutzen maximierend verhalten und dementsprechend die Partei wählen, die ihnen in programmatischen Fragen am nächsten steht.<sup>1</sup> Dies impliziert, dass jeder Wähler die Distanz zwischen seiner eigenen und der ideologischen oder politikfeldspezifischen Position aller zur Wahl antretenden Parteien kalkulieren kann. Weitere Faktoren, wie die Existenz einer Bindung an soziale Gruppen oder das Bestehen einer Parteiidentifikation, werden hingegen außer Acht gelassen. Empirische Befunde für deutsche Bundestagswahlen können zwar einen eigenständigen Einfluss von Sachfragen auf das Wahlverhalten zeigen (vgl. etwa Pappi/Shikano 2001: 368ff.), jedoch muss zwischen „Positions-“ und „Valenz-Issues“ unterschieden werden. Im Gegensatz zur zentralen Bedeutung der ideologisch-programmatischen Positionen von Parteien und Wählern, wie sie im Modell von Downs (1957) verwendet werden, geht der von Stokes (1963) begründete Erklärungsansatz des Wahlverhaltens von Valenzen als entscheidendem Faktor aus. Unter den Begriff Valenz-Issues fallen solche Problemfelder, deren Lösung von politischen Akteuren wie Wählern gleichermaßen gewünscht wird. Demnach entscheiden sich die Wähler für die Kandidaten oder Parteien, denen sie die Fähigkeit zusprechen, ehestens die als am drängendsten angesehenen Probleme lösen zu können. Eckstein und Pappi (1994), Schmitt (1998), Roller (1998) sowie Kunz und Thaidigsmann (2005) können für Deutschland zeigen, dass eine den Parteien zugewiesene Problemlösungskompetenz eine höhere Erklärungskraft als Distanzmaße im Sinne von Downs (1957) besitzt. Dies gilt, wie Weißels (2000) in einer Analyse des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998 zeigen kann, auch unter Kontrolle der Kanzlerkandidatenpräferenz der Wähler. Auch die Ergebnisse der Studie von Schmitt (1998: 166f.), die das Wahlverhalten zu den Bundestagswahlen 1990 und 1994 untersucht, sowie die der Analyse von Kunz und Thaidigsmann (2005: 66ff.) für die Bundestagswahl 2002 deuten auf eine entscheidende Rolle von Valenz-Issues nicht nur gegenüber Policy-Distanzmaßen, sondern auch gegenüber den Erklärungsfaktoren Parteiidentifikation und Kandidatenorientierung hin.

---

1 Dem Ansatz des „proximity voting“ steht die „directional theory of voting“ gegenüber (vgl. Rabinowitz/Macdonald 1989; Rabinowitz et al. 1998). Die Verfechter dieses Ansatzes argumentieren, dass weniger die empfundene Nähe als vielmehr die gleiche ideologische oder sachpolitische Ausrichtung von Wähler und Partei bzw. Kandidat ausschlaggebend für die Wahlentscheidung ist.

Des Weiteren wird der individuellen Wahrnehmung der eigenen wie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie der makro-ökonomischen Situation eines Landes generell ein Einfluss auf das Wahlverhalten zugeschrieben (vgl. Kinder/Kiewiet 1979; Kiewiet 1983; Rattinger 1986; Lewis-Beck/Stegmaier 2000). Rattinger und Faas (2001) zeigen für den deutschen Fall, dass sowohl die individuelle als auch die allgemeine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage die Wahlentscheidung beeinflussen. Jedoch variieren die Einflüsse dieser beiden Faktoren auf das Wahlverhalten je nach Bundestagswahl.

All diese aufgeführten Forschungsergebnisse weisen auf das Vorhandensein eines eigenständigen Einflusses der jeweiligen Faktoren hin. Jedoch geben die Analysen nur bedingt Aufschluss darüber, wie groß der Einfluss eines jeden Faktors auf das Wahlverhalten ist. In der Studie von Kellermann und Rattinger (2005) wird zwar der Einfluss der drei Komponenten des „Michigan-Modells“ getestet, jedoch auf – wie auch von den beiden Autoren bemerkt wird (Kellermann/Rattinger 2005: 197) – statistisch problematische Weise. So wird die dichotom codierte abhängige Variable „Wahlabsicht“ als unabhängige Variable in einem OLS-Regressionsmodell verwendet. Zudem erhält man bei dieser Vorgehensweise unterschiedliche Koeffizienten je nach Wahlabsicht. Dies erlaubt zwar die Überprüfung des Einflusses jedes Faktors für die Wählerschaft einzelner Parteien, lässt aber keine Evaluierung der Wirkung der entsprechenden Faktoren auf die deutsche Wählerschaft insgesamt zu. Pappi und Shikano (2001: 365f.) analysieren den Nutzen eines Wählers, für eine bestimmte Partei zu stimmen, zwar auf Basis eines methodisch „passenderen“ Modells. Dieses umfasst jedoch weder den (potenziellen) Einfluss sozialstruktureller Merkmale noch unterscheidet es zwischen ideologischer und sachpolitisch-orientierter Nähe zu den Parteien. Auch das Modell von Adams, Merrill und Grofman (2005) umfasst nicht alle diese Variablen, stellt aber eine ideale Ausgangslage dar, um deren Einfluss unter Kontrolle der übrigen Faktoren zu testen.

### 3. Modell

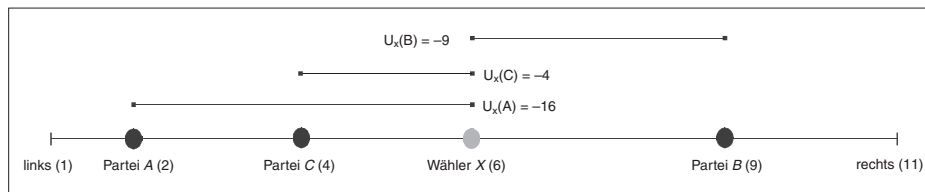
In einem integrierten Erklärungsansatz, der sozialstrukturelle, sozialpsychologische und politökonomische Aspekte beinhaltet, zeigen Adams, Merrill und Grofman (2005), dass die programmatische Nähe und Ausrichtung einer Partei zu einem Wähler nur einen geringen Einfluss auf dessen Wahlentscheidung hat. Einen stärkeren Effekt üben Parteiidentifikation und die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen aus. Die Grundlage für ihr Modell bildet das auf Downs (1957) zurückgehende Modell des policy-orientierten, deterministischen Wählens. So fällt der Nutzen  $U$  eines Wählers  $i$  umso geringer aus, je weiter  $s_{kj}$ , also die Position  $s$  des Kandidaten oder der Partei  $k$  auf den als relevant angesehenen Politikdimensionen  $j$ , von der Position des Wählers  $i$  entfernt liegt:

$$U_i(k) = -\sum_j a_j (x_{ij} - s_{kj})^2 + X_{ik}, \quad (3.1)$$

wobei  $a_j$  die Salienz der Policy-Dimension  $j$  wiedergibt und  $x_{ij}$  die Position des Wählers  $i$  auf Dimension  $j$ .  $X_{ik}$  stellt die unbeobachteten Effekte dar, die den Nutzen eines Wählers  $i$  bei der Wahl von Kandidat  $k$  beeinflussen (vgl. Adams et al. 2005: 17f.). Der Faktor  $a_j$ , also die Bedeutung eines Politikfeldes für die Wahlentscheidung, wird empirisch geschätzt.

Abbildung 1 verdeutlicht das Modell anhand eines Beispiels. Ein Wähler  $X$  hat die Wahl zwischen drei Parteien  $A$ ,  $B$  und  $C$ . Auf einem Links-Rechts-Spektrum, das hier zwischen den Werten eins und elf verläuft, ordnet  $X$  zu einen sich selbst und zum anderen die drei zur Wahl stehenden Parteien ein. Partei  $A$  ist mit einem Wert von zwei die am weitesten links stehende Partei, während  $B$  von  $X$  mit einem Wert von neun weit rechts eingestuft wird.  $C$  liegt mit einem Wert von vier im moderat-linken Bereich. Laut dem Distanzmodell von Downs (1957) sollte  $X$  sich für die Partei entscheiden, die seiner Position am nächsten kommt. Ideal für ihn wäre also eine Partei, die wie er auf der Links-Rechts-Achse bei einem Wert von sechs verortet werden könnte. Nach Formel (3.1) würde dies zu keinem Nutzenverlust für  $X$  führen. Da eine solche Partei nicht vorhanden ist, wird sich  $X$  für Partei  $C$  entscheiden, da bei dieser Wahl sein Nutzenverlust so gering wie möglich ist. Bei einer Wahl von  $C$  verliert  $X$  nur vier Nutzeneinheiten. Im Gegensatz dazu wären es neun, wenn er sich für  $B$ , und 16, wenn er sich für  $A$  entscheiden würde.

Abbildung 1: Nutzenverluste am Beispiel des Distanzmodells (Positionen der Akteure auf der Links-Rechts-Dimension in Klammern)



Die in Formel (3.1) wiedergegebene Nutzenfunktion wird von Adams, Merrill und Grofman (2005: 21f.) um die Faktoren Parteiidentifikation und soziodemographische Merkmale erweitert. Dies geschieht durch den Einschluss der Variable  $t_{ik}$ , die die spezifischen Einstellungen eines Wählers  $i$  mit Hinblick auf Partei oder Kandidat  $k$  wiedergibt. Repräsentiert diese Variable die Parteiidentifikation, so nimmt sie den Wert 1 an, falls Wähler  $i$  sich mit der Partei von Kandidat  $k$  identifiziert. Sie hat den Wert 0, wenn dies nicht der Fall ist. Der Variable  $t_{ik}$  ist wiederum ein Salienzparameter  $b_k$  vorgeschaltet, der aus den Daten geschätzt wird und der den Einfluss der entsprechenden unabhängigen Variablen auf die Wahlentscheidung des Wählers  $k$  angibt. Da nun nicht nur Parteiidentifikation, sondern auch eine Reihe sozialstruktureller Faktoren das Wahlverhalten beeinflussen, umfasst das vereinigte Modell die Variablen  $t_{ik}$  und  $b_k$  in Form von Vektoren. Dies ermöglicht eine Erweiterung des Modells nicht nur um soziodemographische Faktoren oder um die Parteiidentifikation, wie sie im Modell und den Analysen von Adams, Merrill und Grofman (2005) bereits berücksichtigt werden. Vielmehr können weitere Variablen mit einbezogen werden, von denen man annehmen kann, dass sie einen Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten haben. Dies sind die

Kanzlerpräferenz eines Wählers sowie die den Parteien zugeschriebene Problemlösungskompetenz, was Stokes' (1963) Konzept der Valenz-Issues widerspiegelt. Auch die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zählt dazu. Der Nutzen eines Wählers  $i$ , für Partei oder Kandidat  $k$  zu stimmen, ergibt sich im vereinigten Modell damit aus der Formel

$$U_i(k) = -\sum_j a_j (x_{ij} - s_{kj})^2 + b_k t_{ik} + X_{ik}. \quad (3.2)$$

Somit können Nutzenverluste, die aus einer größeren programmatischen Distanz resultieren, beispielsweise durch eine subjektiv vorhandene Parteiidentifikation oder die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, die eng an eine Partei gebunden ist, aufgewogen werden. Nimmt man an, dass Wähler  $X$  aus dem oben geschilderten Beispiel sich mit Partei  $B$  identifiziert, so würde sein Nutzenverlust statt den Wert von neun nun den von acht Einheiten annehmen. Dem Modell zufolge sollte er aber immer noch Partei  $C$  wählen, da er bei einer solchen Entscheidung nach wie vor nur vier Nutzeinheiten verlieren würde. Anhand der Daten ist nun bekannt, dass sich  $X$  aber für Partei  $B$  entschieden hat. Demzufolge kommt – zumindest bei Wähler  $X$  – dem Faktor Parteiidentifikation eine höhere Bedeutung zu als der ideologisch-programmatischen Distanz.<sup>2</sup>

#### 4. Operationalisierung

Um nun empirisch zu ermitteln, welcher der Faktoren einen entscheidenden Einfluss auf die Entscheidung eines Wählers hat, bedienen sich Adams, Merrill und Grofman (2005: 18f.) eines Schätzmodells, das auf bedingten Wahrscheinlichkeiten beruht („conditional logit“; vgl. McFadden 1974; Long 1997: 178ff.; Alvarez/Nagler 1998; Pappi/Shikano 2001). Anhand dieser Methode werden die eben genannten Salienzparameter  $a_j$  und  $b_k$  in Form von Regressionskoeffizienten empirisch geschätzt. Die möglichen Wahlentscheidungen, die ein Wähler treffen kann (im Beispiel aus *Abbildung 1* die Wahl zwischen den Parteien  $A$ ,  $B$  und  $C$ ), werden in der bedingten logistischen Regression mit bestimmten Merkmalen, wie der Distanz auf einer allgemeinen Links-Rechts-Achse, der möglicherweise vorhandenen Kanzlerpräferenz oder dem Bestehen einer Parteiidentifikation, beschrieben. Die geschätzten Koeffizienten geben dann Aufschluss darüber, wie stark der Einfluss der eingeschlossenen Merkmale unter Kontrolle der übrigen unabhängigen Variablen auf die Wahlentscheidung insgesamt ist. Ein solches Modell ermittelt damit die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wähler  $i$  Kandidat  $k$  wählt. Die Summe dieser Wahrscheinlichkeiten über alle Kandidaten  $k$  hinweg ist eins.

<sup>2</sup> In einem dritten Schritt bauen Adams, Merrill und Grofman (2005: 23ff.) einen „discounting factor“ (Grofman 1985) mit in die Gleichung ein. Dessen Ziel ist es zu berücksichtigen, dass Parteien in ihrem Handeln dem Status quo Rechnung tragen und somit nur bedingt ihre Idealvorstellungen durchsetzen können, was auch den Wählern bekannt ist. Da die empirische Überprüfung dieses Modells nur robuste Werte bei einer hohen Anzahl von Parteien liefert, wird hier auf eine Anwendung des diskontierenden Modells verzichtet (vgl. Merrill/Grofman 1999: 186f.; Adams et al. 2005: 89).

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wähler  $i$  sich nun für  $k$  entscheidet, wird ermittelt durch

$$P_{ik} = \frac{\exp[U_i(k)]}{\sum_{j=1}^K \exp[U_i(j)]}. \quad (4.1)$$

Daraus folgt, dass in einer Wahl, an der  $n$  Wähler teilnehmen, sich der erwartete Stimmenanteil ( $EV$  für „expected vote share“) für  $k$  ergibt aus

$$EV(k) = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n P_{ik}. \quad (4.2)$$

Damit lässt sich für jedes Modell des Wählens bestimmen, welches der Modelle dem Wahlverhalten in der jeweiligen Stichprobe am nächsten kommt. Dies geschieht durch die aufsummierten Abweichungen, die sich aus der Differenz zwischen dem geschätzten Stimmenanteil der Parteien und dem Anteil an Befragten in der Stichprobe, die eine Wahlabsicht für die jeweiligen Parteien abgaben, ergibt. Bei einer solchen Vorgehensweise wird vermieden, die Ergebnisse verschiedener Regressionen miteinander zu vergleichen, was ohnehin bei nicht „gepoolten“ Datensätzen unzulässig ist (vgl. Long/Freese 2003: 238f.).<sup>3</sup>

Das Ziel ist nun, das von Adams, Merrill und Grofman (2005) entwickelte Modell samt seinem schätztechnischen Verfahren auf das Wahlverhalten in Deutschland anzuwenden. Dazu müssen zunächst solche Datensätze identifiziert werden, die die erforderlichen Variablen beinhalten. Diese Variablen sind erstens eine allgemeine Links-Rechts-Einstufung jedes Wählers sowie der Parteien durch die Wähler, sodass die ideologische Komponente abgedeckt ist. Zweitens müssen die politikfeldspezifischen Positionen sowohl der Wähler als auch der Parteien messbar sein. Drittens soll der entsprechende Datensatz Informationen über die wichtigsten Probleme enthalten, ebenso wie über die Parteien, die diese Probleme aus der Sicht der Befragten am besten lösen können. Viertens müssen Informationen über eine mögliche Parteiidentifikation des jeweiligen Befragten sowie dessen Kanzlerpräferenz gegeben sein. Fünftens sollen den Befragten soziodemographische Charakteristika zugeordnet werden können, die das Wählen einer bestimmten Partei – den theoretischen Annahmen folgend – wahrscheinlicher machen. Schließlich muss der Datensatz Informationen darüber liefern können, wie die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage durch die Befragten eingeschätzt wird.

Insbesondere die Einschätzung der Positionen der Parteien durch die Wähler zu bestimmten Policy-Issues findet sich nur selten in Wahlstudien (vgl. Roller 1998: 189; Adams 2001: 172f.). Noch dazu ändern sich die Fragestellungen und die abgefragten Politikfelder im Zeitverlauf. In Deutschland erfüllen drei empirische Erhebungen die erforderlichen Voraussetzungen. Dies sind die Deutschen Nationalen Wahlstudien von

<sup>3</sup> Als Alternative zu den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten können auch Odds-Ratios angegeben werden (vgl. Long/Freese 2003: 238).



1987, 1998 und 2002.<sup>4</sup> Die Daten für 1987 (ZA-Nummer 1537) sind im Rahmen eines Sammelbandes (Klein et al. 2000) veröffentlicht worden. Die Daten für 1998 und 2002 (ZA-Nummer 4301) wurden vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln zur Verfügung gestellt.<sup>5</sup> Die Auswahl dieser drei Wahlstudien ermöglicht zudem die Beantwortung der Frage, ob es sich bei den gewonnenen Erkenntnissen um singuläre Effekte handelt, die auf die spezifischen Rahmenbedingungen während eines Bundestagswahlkampfes zurückzuführen sind, oder ob die ausgewählten unabhängigen Variablen bei anderen Bundestagswahlen ähnliche Auswirkungen aufwiesen. Dies ermöglicht zumindest zu einem gewissen Grad die Generalisierbarkeit der Ergebnisse auf die Determinanten des Wahlverhaltens bei Wahlen zum Deutschen Bundestag.

Die Positionen der Parteien auf der ideologischen Links-Rechts-Dimension werden – analog zur Studie von Adams, Merrill und Grofman (2005: 77) – anhand der Mittelwerte der von den Wählern empfundenen Parteipositionen ermittelt. Gleiches gilt für die Positionen der Parteien auf den jeweils abgefragten Politikfeldern. Die in der Wahlstudie 1987 enthaltenen Variablen ermöglichen die Bestimmung der Positionen der Wähler sowie die von den Wählern vermutete Position der Parteien zum Arbeitsförderungsgesetz und zur Kernenergie. Die Wahlstudien zu den Bundestagswahlen von 1998 und 2002 beinhalten neben den Positionen zur Atompolitik die Haltungen von Wählern und Parteien zur Zuzugsmöglichkeit von Ausländern und zur europäischen Einigung.<sup>6</sup> Eine Diskrepanz zwischen den hier verwendeten Datensätzen ergibt sich auch im Fall der Valenz-Issues. In den beiden Studien zu den Bundestagswahlen von 1998 und 2002 wird nach dem wichtigsten und zweitwichtigsten Problem sowie gleichzeitig nach der Partei gefragt, von der der Befragte der Auffassung ist, dass sie das jeweilige Problem am besten lösen könne. In der Wahlstudie von 1987 wurden hingegen Issues vorgegeben, die die Befragten ihrer beigemessenen Bedeutung nach klassifizieren sollten. Als die beiden wichtigsten Problemfelder stellten sich „Arbeitslosigkeit“ und „Umweltschutz“ heraus. Auch hier konnten die Befragten jeweils eine Partei nennen, von der sie meinten, dass sie das entsprechende Problem am besten lösen könne.

Die Parteiidentifikation wird operationalisiert über die in allen drei Datensätzen vorhandene Variable „Parteineigung“. Für alle in die Untersuchung einbezogenen Parteien werden Dummy-Variablen gebildet, die Auskunft darüber geben, ob sich der jeweilige Befragte mit einer der Parteien identifiziert. Besteht keine subjektive Nähe zu einer der Parteien, so nehmen alle Dummy-Variablen den Wert 0 an. Die sozialstruk-

<sup>4</sup> Im Fall der Deutschen Nationalen Wahlstudien von 1990 (ZA-Nummer 1919) und 1994 (ZA-Nummer 4301), deren Einbeziehung notwendig wäre, um die zeitliche Lücke zwischen den Bundestagswahlen 1987 und 1998 zu schließen, wurde die Einstufung der Parteien in spezifischen Policy-Dimensionen nicht abgefragt.

<sup>5</sup> Die hier vorgenommene Analyse verwendet für 1987 die zweite Welle der Vorwahlbefragung, da in der Nachwahlbefragung die Kanzlerkandidatenpräferenz nicht mehr abgefragt wurde. Für 1998 und 2002 wird die jeweilige Nachwahlbefragung verwendet.

<sup>6</sup> Die Position der Wähler sowie die Einschätzung der Position der Parteien durch die Wähler auf der Links-Rechts-Dimension wurden auf einer Skala dargestellt, auf der die Werte von 1 bis 11 aufgetragen waren. Die Skalierung der politikfeldspezifischen Dimensionen umfasste einen Wertebereich von 1 bis 7. Zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit wurde die Skala, die für die einzelnen Politikfelder verwendet wurde, auf einen von 1 bis 11 reichenden Wertebereich reskaliert.

turellen Determinanten des Wahlverhaltens werden anhand der Zugehörigkeit eines Wählers zu verschiedenen sozialen Gruppen überprüft. Letztere können nach dem sozialstrukturellen Erklärungsansatz des Wahlverhaltens als Kernklientel der jeweiligen Partei gelten. Dies sind im Fall der CDU/CSU Wähler, die mindestens einmal in der Woche den Gottesdienst besuchen. Für die Sozialdemokraten gilt die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft als Indikator für deren Stammwählerschaft. Den Freien Demokraten wird die Berufsgruppe der Selbstständigen und den Grünen Personen mit einem hohen Bildungsabschluss (Abitur oder abgeschlossenes Hochschulstudium) zugeordnet.

Die Präferenz für einen bestimmten Kanzlerkandidaten wird über die Variable „Bevorzugter Bundeskanzler“ (1987) bzw. „Kanzlerpräferenz“ (1998 und 2002) bestimmt. Im Interesse einer möglichst einfachen Modellierung wird angenommen, dass eine vorhandene Präferenz für den Kandidaten von Union bzw. SPD die Wahlwahrscheinlichkeit von Christ- bzw. Sozialdemokraten, nicht jedoch ihrer jeweiligen (beabsichtigten) Koalitionspartner erhöht.<sup>7</sup> Im Fall der Befragungen von 1998 und 2002 wurde die Option eingeräumt, keinen der Kanzlerkandidaten von Union und SPD zu bevorzugen. Diese Ausprägung der Variable wurde als Anreiz vercodiert, FDP, Bündnis90/Grüne oder PDS zu wählen. Für die Wahlstudie 1987 bestand diese Möglichkeit hingegen nicht.

Es wird davon ausgegangen, dass sich eine positive Erwartung hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung begünstigend auf die Chancen auswirkt, für die gerade an der Bundesregierung beteiligten Parteien zu stimmen. Demzufolge sollte eine von den Befragten vermutete positive Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage die Chancen auf eine Wahl von CDU/CSU und FDP bei den Wahlen 1987 und 1998 erhöhen, während 2002 SPD und Bündnis90/Grüne davon profitieren sollten.

### 5. Analyse

Die in diesem Abschnitt dargestellten deskriptiven Ergebnisse sowie die Resultate des konditionalen Logit-Modells sind untergliedert in die Bundestagswahlen 1987 einerseits sowie 1998 und 2002 andererseits. Die Ergebnisse der auf dem „conditional logit“-Prinzip basierenden Regressionsmodelle werden in drei Stufen präsentiert, was der Vorgehensweise von Adams, Merrill und Grofman (2005) entspricht. Das erste Modell umfasst lediglich solche Variablen, die das Nahemodell widerspiegeln. Dies bedeutet, dass diese die ideologische Distanz zwischen Wähler und Parteien – erfasst über die allgemeine Links-Rechts-Dimension – sowie die Distanzen auf verschiedenen Politikfeldern messen. Im zweiten Schritt werden Parteiidentifikation und sozialstrukturelle Merkmale in das Modell mit eingebaut, sodass das „unified model“ von Adams, Mer-

<sup>7</sup> Dies vernachlässigt zum einen das Bestehen von – mehr oder weniger manifesten – „Koalitionsblöcken“ zu den hier untersuchten Bundestagswahlen, aus CDU/CSU und FDP einerseits sowie SPD und Grünen andererseits, und das dadurch motivierte taktische Wählen (vgl. Pappi/Gschwend 2005). Zum anderen wird nicht erfasst, ob eine vorhandene Präferenz für die Spitzenkandidaten der kleineren Parteien einen Einfluss auf die Wahlabsicht hat (vgl. Pappi/Shikano 2001).

rill und Grofman (2005: 19f.) angewandt wird. Da nun aus der theoretischen Perspektive das Wahlverhalten auch von der Kandidatenpräferenz, der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der von den Wählern eingeschätzten Problemlösungskompetenz der Parteien abhängen kann, wird das „unified model“ in einem dritten Schritt durch diese drei Faktoren ergänzt. Es kann somit empirisch überprüft werden, welche Variablen zu den drei hier untersuchten Bundestagswahlen einen signifikanten Einfluss auf das Wahlverhalten hatten. Daneben erlaubt das schrittweise Vorgehen die Evaluierung potenzieller Veränderungen in den Effekten der von Adams, Merrill und Grofman (2005) ausgewählten unabhängigen Variablen.

### 5.1 Determinanten der Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1987

Die Bundestagswahl 1987 brachte neben der Bestätigung der Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eine Stärkung der beiden kleinen Bundestagsparteien FDP und Grüne mit sich, während Union und SPD Stimmenverluste hinnehmen mussten. In *Tabelle 1* sind die Positionen der Wähler und Parteien auf der ideologischen Links-Rechts-Dimension sowie auf dem wirtschafts- und umweltpolitischen Politikfeld abgetragen. Die Unionsparteien sind demnach auf der rechten Seite zu finden, während die Grünen den linken Rand des Parteienspektrums markieren. Die SPD wird links, die FDP hingegen rechts der Mitte von den Wählern platziert. Das arithmetische Mittel der Wähler befindet sich leicht rechts der Mitte und damit nahe an der Position der Freien Demokraten. Diese Anordnung der Parteien ändert sich nur unwesentlich in den beiden in der Vorwahlstudie von 1987 abgefragten Positionen zu den Politikfeldern. Lediglich in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird die SPD weiter links verortet als die Grünen. Die durchschnittliche Haltung der Wählerschaft liegt jedoch in Fragen der Wirtschafts- und Arbeitspolitik deutlich näher an den Positionen von SPD und Grünen, was in etwas geringerem Ausmaß auch für den umweltpolitischen Aspekt gilt.

*Tabelle 1:* Durchschnittliche Positionen der Wähler sowie die wahrgenommenen Positionen der Parteien durch die Wähler, 1987 (Standardabweichungen in Klammern)

	Links (1) – Rechts (11)	Arbeitsförderungsgesetz Zahlung (1) vs. keine Zahlung (11) durch Arbeitsämter im Streikfall an nicht betroffene Arbeitnehmer	Kernenergie Weiterer Ausbau (1) vs. sofortige Abschaltung (11) von Atomkraftwerken
Wähler	6,2 (2,4)	4,3 (3,1)	6,6 (2,6)
CDU/CSU	9,1 (1,8)	8,3 (2,5)	3,1 (2,0)
SPD	3,6 (1,9)	2,9 (2,2)	8,1 (2,0)
FDP	7,3 (1,8)	7,3 (2,5)	4,5 (2,1)
Grüne	2,5 (2,0)	3,1 (2,5)	10,0 (1,5)

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

Versucht man mit den aus diesen Positionen gewonnen Distanzen zwischen Parteien und Wählern die Wahlabsicht zu erklären, so weisen zwar alle drei Koeffizienten einen signifikanten Einfluss auf, jedoch ist die Gesamterklärungskraft des Modells eher gering

(siehe Spalte „Ideologie und Policy-Faktoren“ in *Tabelle 2*). Den stärksten Einfluss übt die ideologische Komponente – operationalisiert durch die Links-Rechts-Dimension – aus, wohingegen der Einfluss insbesondere der sozioökonomischen Determinante auf die Wahlabsicht geringer ist als die Distanz zwischen Wählern und Parteien in der Nuklearpolitik. Zieht man zum ideologie- und sachfragenzentrierten Modell die subjektive Parteiidentifikation und sozialstrukturelle Komponenten hinzu, wie es das „vereinigte Modell“ des Wahlverhaltens von Adams, Merrill und Grofman (2005) vorsieht, dann steigt die Erklärungskraft deutlich an. Zwar üben nach wie vor sowohl die ideologische Komponente als auch die beiden Policy-Issues einen signifikanten Einfluss auf die Wahlabsicht aus. Jedoch scheint der Einfluss insbesondere der Parteiidentifikation, aber auch sozialstruktureller Attribute auf das Wahlverhalten 1987 die Bedeutung der ideologischen und sachfragenorientierten Perspektive bei Weitem zu übersteigen.

*Tabelle 2:* Bedingte logistische Regression zur Voraussage der Wahlabsicht bei einer Vier-Parteien-Wahl, 1987 (Standardfehler in Klammern)

Attribute	Ideologie und Policy-Faktoren	Vereinigtes Modell (nach Adams et al. 2005)	Vereinigtes Modell (erweitert)
Links-Rechts	,075 (,004)**	,051 (,006)**	,033 (,007)**
Arbeitsförderungsgesetz	,018 (,003)**	,011 (,004)**	–,000 (,005)
Kernenergie	,023 (,003)**	,019 (,004)**	,006 (,005)
Problemlösungskompetenz Arbeitslosigkeit			1,32 (,184)**
Problemlösungskompetenz Umweltschutz			,688 (,203)**
Parteiidentifikation		3,74 (,163)**	3,04 (,181)**
Häufiger Kirchgang (CDU/CSU)		1,75 (,256)**	,878 (,331)**
Gewerkschaftsmitglied (SPD)		,883 (,192)**	–,127 (,231)
Selbstständig (FDP)		,008 (,545)	,682 (,550)
Hohe Bildung (Grüne)		–,055 (,351)	,812 (,336)*
Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage			–,253 (,318)
Kanzlerpräferenz			1,30 (,128)**
N	1399	1399	1399
Log likelihood	–1497,82	–634,46	–455,16
AIC	2,146	0,918	0,668
Pseudo R <sup>2</sup>	,228	,673	,765

*Anmerkungen:* \*\*  $p \leq ,01$ ; \*  $p \leq ,05$ .

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

Fügt man als zusätzliche Faktoren die Kanzlerpräferenz als Indikator für personen-zentriertes Wählen, die Problemlösungskompetenz für die Bereiche Arbeitslosigkeit und Umweltschutz sowie die Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage hinzu, so erhöht sich zum einen die Erklärungskraft des Modells erneut. Zum anderen verändern sich die Größe der Effekte sowie die Signifikanzniveaus der bisher berücksichtigten Variablen. So weist von den Variablen im Ausgangsmodell, das lediglich die ideologischen und politikfeldspezifischen Distanzen berücksichtigt, nur noch die Distanz auf der allgemeinen Links-Rechts-Dimension einen signifikanten Einfluss auf. Auch der Einfluss der Kirchengangshäufigkeit auf die CDU/CSU-Wahl geht zurück, und für die Gewerkschaftsmitgliedschaft kann überhaupt kein signifikanter Zusammenhang auf die Wahlabsicht zugunsten der SPD festgestellt werden. Zwar bleibt die Parteiidentifikation nach wie vor die entscheidende Variable auf die Wahlabsicht, jedoch folgen – in der Stärke der Effekte – die Variablen Kanzlerpräferenz und die das Valenzmodell widerspiegelnden Problemlösungskompetenzen. Dies ist insofern eine Überraschung, als in einem Wahlkampf, der vergleichsweise gering auf Personen ausgerichtet war (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1987: 276f.), die Kanzlerpräferenz eine sehr hohe Erklärungskraft auf die Wahlabsicht aufwies. Die Erwartung, dass eine vermutete positive wirtschaftliche Entwicklung die Wahrscheinlichkeit vergrößert, für die beiden Regierungsparteien Union und FDP zu stimmen, lässt sich hingegen nicht bestätigen.

Vergleicht man abschließend zur Analyse des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1987 die durch die jeweiligen Modelle vorhergesagten Stimmenanteile der Parteien mit der Wahlabsicht der Befragten, dann zeigt sich erneut die hohe Erklärungskraft des vereinigten Modells inklusive der hier vorgenommenen Erweiterungen (siehe *Tabelle 3*). Würde das Wahlverhalten nur von ideologischen und policy-zentrierten Faktoren bestimmt, dann hätte die FDP mit einem Stimmenanteil von 30,3 Prozent rechnen können und läge demnach noch vor der SPD mit 28,4 Prozent. Diese starke Abweichung von der tatsächlichen Wahlabsicht ist auf die sehr zentrale Position der Freien Demokraten und der SPD auf der Links-Rechts-Achse und den beiden hier berücksichtigten Policy-Dimensionen zurückzuführen. Während das vereinigte Modell des Wahlverhaltens nach Adams, Merrill und Grofman (2005) mit einer aufsummierten Abweichung von 14,2 Prozentpunkten bereits der Wahlabsicht in der Stichprobe recht nahe kommt, prognostiziert dieses Modell unter Einschluss von Kanzlerpräferenz, Valenz-Issues und der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung die Stimmenver-

*Tabelle 3:* Vorausgesagte Stimmenanteile in Prozent für eine Vier-Parteien-Wahl je Modell, 1987

	Wahlabsicht in der Stichprobe	Ideologie und Policy-Faktoren	Vereinigtes Modell (nach Adams et al. 2005)	Vereinigtes Modell (erweitert)
CDU/CSU	44,8	21,8	40	43,9
SPD	42,2	28,4	39,9	43,0
FDP	5	30,3	9,7	5,5
Grüne	8	19,4	10,4	7,6
Summe der Abweichungen		73,5	14,2	2,6

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

teilung auf die vier Parteien fast genau. Offenbar übten neben der Parteiidentifikation die Kanzlerpräferenz sowie die von den Wählern wahrgenommenen Problemlösungskompetenzen der Parteien einen weiteren Einfluss auf das Wahlverhalten in Westdeutschland 1987 aus. Inwiefern dies auch für die Wahlen 1998 und 2002 gilt, wird im folgenden Abschnitt untersucht.

## 5.2 Determinanten der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002

Die Links-Rechts-Positionen der Parteien unterscheiden sich nur geringfügig von denen zur Bundestagswahl 1987. Im Vergleich zur Wahl elf Jahre zuvor wird die Union 1998 durch die Wähler deutlich, die SPD nur leicht moderater eingestuft (siehe *Tabelle 4*). Zudem unterscheidet sich die Einstufung der Parteien nur geringfügig zwischen West- und Ostdeutschland. Die ostdeutschen Befragten stufen sich im Durchschnitt betrachtet weiter links als die westdeutschen ein. Auch lokalisieren die Befragten in den neuen Bundesländern die PDS deutlich weiter links im Parteienspektrum als die Westdeutschen.

Für die beiden Wahlstudien zu den Bundestagswahlen 1998 und 2002 werden nunmehr die Positionen der Wähler und die Einstufung der Parteien durch die Wähler auf drei Policy-Dimensionen gemessen. Diese sind neben der Frage nach der Position hinsichtlich Ausbau oder Abschaltung der Kernenergie die Ausländerpolitik als Indikator für den innen- und gesellschaftspolitischen Bereich sowie die Europapolitik als außenpolitische Determinante. Die Befragten in Westdeutschland sind 1998 deutlich freundlicher gegenüber einer weiteren europäischen Einigung eingestellt als die Ostdeutschen. In den beiden anderen Politikfeldern unterscheiden sich West und Ost hingegen kaum. Dies gilt – wiederum abgesehen von der PDS – auch für die Einstufung der Parteien auf diesen drei Politikfeldern. Europapolitisch wurden die beiden Regierungsparteien CDU/CSU und FDP als am freundlichsten gegenüber der europäischen Einigung eingestuft, während SPD, Bündnis90/Grüne und insbesondere die PDS als

*Tabelle 4:* Durchschnittliche Positionen der Wähler sowie die wahrgenommenen Positionen der Parteien durch die Wähler in West- und Ostdeutschland, 1998 (Standardabweichungen in Klammern)

	Links (1) – Rechts (11)		Europapolitik Vorantreiben (1) vs. Erschweren (11) der europäischen Einigung		Ausländerpolitik Erleichterung (1) vs. Erschwerung (11) der Zugangsmöglichkeiten von Ausländern		Kernenergie Weiterer Ausbau (1) vs. sofortige Abschaltung (11) von Atomkraftwerken	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Wähler	5,6 (2,0)	4,9 (1,9)	5,3 (2,8)	6,4 (2,7)	7,3 (2,7)	7,6 (2,5)	6,6 (2,6)	6,2 (2,5)
CDU/CSU	7,7 (2,0)	7,7 (2,0)	3,0 (2,5)	2,6 (2,4)	7,1 (2,6)	6,8 (2,7)	3,6 (2,1)	3,5 (2,1)
SPD	4,3 (1,7)	4,1 (1,4)	4,1 (2,2)	4,2 (2,1)	5,1 (2,3)	5,2 (2,1)	6,7 (2,0)	6,3 (2,0)
FDP	6,5 (1,7)	6,7 (1,7)	3,7 (2,4)	3,7 (2,3)	6,4 (2,3)	6,5 (2,3)	4,2 (2,0)	4,2 (2,2)
B90/Grüne	3,5 (1,8)	4,1 (1,5)	4,9 (2,4)	5,3 (2,2)	3,4 (2,6)	4,1 (2,5)	9,7 (1,9)	9,8 (1,6)
PDS	3,5 (3,5)	2,5 (2,0)	7,0 (2,7)	5,7 (2,1)	6,5 (3,1)	4,9 (2,5)	7,0 (2,5)	6,9 (2,1)

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

skeptischer galten. Die Wähler selbst stufen sich – im Durchschnitt betrachtet – deutlich euroskeptischer als die meisten Parteien ein. Im Positions-Issue Ausländerpolitik, das über die Haltung von Wählern und Parteien im Hinblick auf Erleichterung oder Erschwerung der Zuzugsmöglichkeiten von Ausländern Aufschluss gibt, liegt der Durchschnitt der Wählerpositionen rechts von der vermuteten Position der Union, welche wiederum die am deutlichsten ablehnende Position der fünf Bundestagsparteien im Hinblick auf den weiteren Zuzug von Ausländern einnimmt. In Fragen der Kernenergienutzung liegt die Haltung der Wähler hingegen nahe an der wahrgenommenen Position der SPD.

Table 5: Bedingte logistische Regression zur Voraussage der Wahlabsicht bei einer Fünf-Parteien-Wahl, 1998 (Standardfehler in Klammern)

Attribute	Ideologie und Policy-Faktoren		Vereinigtes Modell (nach Adams et al. 2005)		Vereinigtes Modell (erweitert)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Links-Rechts	,104 (,009)**	,098 (,014)**	,043 (,011)**	,079 (,018)**	,040 (,013)**	,044 (,025)
Ausländerpolitik	,029 (,006)**	,073 (,015)**	,017 (,008)*	,053 (,020)**	,013 (,010)	,077 (,028)**
Europapolitik	,007 (,005)	-,029 (,013)*	,003 (,008)	-,036 (,017)*	-,002 (,011)	-,025 (,024)
Kernenergie	,025 (,004)**	,048 (,009)**	,021 (,006)**	,041 (,011)**	,011 (,007)	,038 (,016)*
Problemlösungskompetenz wichtigstes Problem					1,04 (,182)**	1,64 (,303)**
Problemlösungskompetenz zweitwichtigstes Problem					1,33 (,169)**	1,58 (,301)**
Parteiidentifikation			3,16 (,134)**	3,10 (,236)**	1,90 (,165)**	1,63 (,315)**
Häufiger Kirchgang (CDU/CSU)			1,20 (,436)**	,998 (1,16)	1,35 (,570)*	3,21 (2,56)
Gewerkschaftsmitglied (SPD)			1,16 (,342)**	2,30 (,531)**	-,017 (,395)	1,61 (,724)*
Selbstständig (FDP)			-,123 (,609)	,312 (,868)	,686 (,577)	1,52 (,931)
Hohe Bildung (Grüne)			,264 (,290)	,245 (,447)	1,21 (,275)**	1,77 (,548)**
Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage					-,169 (,332)	-,423 (,495)
Kanzlerpräferenz					,971 (,139)**	1,46 (,230)**
N	762	301	762	301	762	301
Log likelihood	-1056,44	-409,99	-514,99	-244,16	-356,75	-124,14
AIC	2,783	2,751	1,375	1,682	0,97	0,91
Pseudo R <sup>2</sup>	,139	,154	,580	,496	,709	,744

Anmerkungen: \*\*  $p \leq ,01$ ; \*  $p \leq ,05$ .

Quelle: Eigene Berechnungen.

Wie im Fall der Bundestagswahl 1987 erklären die ideologischen und politikfeldspezifischen Variablen die Wahlabsicht 1998 nur zu einem geringen Ausmaß (siehe *Tabelle 5*). Die Komponente mit der höchsten Erklärungskraft ist erneut die allgemeine Links-Rechts-Dimension. Während in Westdeutschland die Europapolitik keinen Einfluss auf die Wahlabsicht ausübte, sind im Osten alle drei Politikfelder von Bedeutung. Werden die sozialstrukturellen Merkmale sowie die Parteiidentifikation in die Analyse mit einbezogen, dann steigt – wie auch 1987 – die Erklärungskraft des Modells deutlich an.

Bezieht man die Variablen Problemlösungskompetenz, Kanzlerpräferenz und prospektive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ein, so bleiben die Effekte von Parteiidentifikation wie auch von einigen sozialstrukturellen Variablen signifikant, nicht aber die der Positions-Issues. Während im Westen lediglich die ideologische Distanz zwischen Wählern und Parteien einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung ausübt, so ist in den neuen Bundesländern die programmatische Distanz in der Ausländerpolitik und in Fragen der Kernenergienutzung von Bedeutung. Von deutlich größerem Einfluss als die Positions-Issues erweisen sich jedoch Valenz-Issues – hier gemessen über die Problemlösungskompetenz für das wichtigste und zweitwichtigste Problem – sowie Kanzlerpräferenz und Parteiidentifikation. Ähnlich wie bei der Analyse der Daten zur Bundestagswahl 1987 hat auch bei der Betrachtung der Wahl von 1998 die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung keinen signifikanten Effekt auf die Wahl der amtierenden Regierungsparteien.

Die durch die drei Modelle vorausgesagten Stimmenanteile und die aufsummierte Differenz zur tatsächlichen Wahlabsicht unter den Befragten machen noch einmal deutlich, dass Wählen nach dem Distanzmodell auch 1998 nicht vorherrschend war (vgl. *Tabelle 6*). Die aufsummierten Abweichungen für Ostdeutschland (51,7 Prozentpunkte) sind jedoch geringer als für Westdeutschland (80,8 Prozentpunkte). Wenn Parteiidentifikation und sozialstrukturelle Merkmale mit einbezogen werden, sinkt die Summe der Abweichungen auf 23,9 Prozentpunkte im Westen und 21,3 Prozentpunkte in den neuen Bundesländern. Die Einbeziehung der Faktoren Kanzlerpräferenz, Problemlösungskompetenz und voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung verbessern die Prognosefähigkeit des Modells zumindest für Westdeutschland noch einmal deutlich: Die Summe der Abweichungen geht auf 8,1 Prozentpunkte zurück, während die Dis-

*Tabelle 6:* Vorausgesagte Stimmenanteile in Prozent für eine Fünf-Parteien-Wahl je Modell, getrennt nach West- und Ostdeutschland, 1998

	Wahlabsicht in der Stichprobe		Ideologie und Policy-Faktoren		Vereinigtes Modell (nach Adams et al. 2005)		Vereinigtes Modell (erweitert)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
CDU/CSU	35,4	25,2	19,8	18,2	34,2	23,9	34,4	23,8
SPD	46,8	44,9	22,0	26,7	36,0	35,6	43,7	50,9
FDP	4,8	3,7	22,7	22,5	9,1	11,6	5,9	6,2
Grüne	10,9	6,3	15,2	13,3	13,6	8,8	12,1	7,0
PDS	2,2	19,9	20,4	19,2	7,1	20,1	3,9	12,1
Summe der Abweichungen			80,8	51,7	23,9	21,3	8,1	18,4

*Quelle:* Eigene Berechnungen.



krepanz zwischen geschätztem und tatsächlichem Wahlverhalten bei den ostdeutschen Befragten sich nur auf 18,4 Prozentpunkte verringert.

Für den Bundestagswahlkampf von 2002 kann aufgrund der hohen Personalisierung – auch bedingt durch das TV-Duell zwischen dem damaligen Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und seinem Herausforderer Edmund Stoiber (CSU) – ein ähnlich starker Effekt der Kanzlerpräferenz auf das Wahlverhalten wie 1998 erwartet werden. Die ideologischen wie politikfeldspezifischen Positionen der Wähler sowie deren Einschätzung der Parteien haben sich zwischen 1998 und 2002 nur geringfügig verändert. So wurden die Unionsparteien als „rechter“, leicht euroskeptischer und kritischer in Zuzugfragen von Ausländern eingestuft als vier Jahre zuvor (vgl. *Tabelle 7*).

*Tabelle 7:* Durchschnittliche Positionen der Wähler sowie die wahrgenommenen Positionen der Parteien durch die Wähler in West- und Ostdeutschland, 2002 (Standardabweichungen in Klammern)

	Links (1) – Rechts (11)		Europapolitik		Ausländerpolitik		Kernenergie	
	West	Ost	Vorantreiben (1) vs. Erschweren (11) der europäischen Einigung	West	Ost	Erleichterung (1) vs. Erschwerung (11) der Zuzugsmöglichkeiten von Ausländern	West	Ost
Wähler	5,7 (2,2)	4,9 (2,0)	5,1 (2,6)	5,8 (2,6)	6,8 (2,7)	7,3 (2,5)	6,6 (2,7)	6,3 (2,6)
CDU/CSU	8,0 (1,9)	8,3 (1,8)	4,7 (2,3)	4,6 (2,5)	8,3 (2,0)	8,3 (2,1)	3,6 (2,0)	3,9 (2,1)
SPD	4,1 (1,7)	4,2 (1,5)	4,4 (2,0)	4,3 (1,9)	4,5 (2,0)	4,8 (1,9)	6,9 (1,9)	6,6 (1,9)
FDP	6,4 (1,7)	6,8 (1,7)	4,7 (1,9)	4,8 (2,0)	6,5 (2,0)	6,8 (2,1)	4,5 (1,9)	4,7 (2,0)
B90/Grüne	3,6 (1,7)	4,0 (1,6)	4,3 (2,1)	4,4 (2,1)	3,1 (2,1)	3,8 (2,3)	9,9 (1,3)	9,7 (1,4)
PDS	2,9 (2,8)	2,1 (1,6)	6,9 (2,6)	5,2 (2,2)	6,2 (3,1)	4,6 (2,3)	7,3 (2,5)	7,0 (2,3)

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

Wiederum tragen die ideologischen und politikfeldspezifischen Komponenten nur wenig zur Erklärung der Wahlabsicht bei (siehe *Tabelle 8*). Im Unterschied zu Westdeutschland verbleiben aber – neben der allgemeinen Links-Rechts-Dimension – in Ostdeutschland die Policy-Faktoren noch im Endmodell signifikant. Auch gibt es Unterschiede in der Bedeutung der drei Politikbereiche. So ist im Osten das Positions-Issue Ausländerpolitik wichtiger als im Westen. Der geschätzte Effekt für die Europapolitik hat bei Befragten aus den neuen Bundesländern zudem ein negatives Vorzeichen. Das heißt, dass mit anwachsender Distanz in europapolitischen Fragen die Wahrscheinlichkeit steigt, für eine Partei zu stimmen. Dieses Ergebnis, das völlig im Gegensatz zum Modell von Downs (1957) steht, weist aber auch auf ein Problem bei der Interpretation der Effekte der Positions-Issues hin. Da die drei Politikfelder zur Bestimmung der Positionen von Wählern und Parteien vorgegeben waren, kann es sein, dass diese von Seiten der Wähler als generell nicht relevant erachtet worden sind. Dies scheint insbesondere im Fall des Positions-Issues „Europäische Integration“ geschehen zu sein, spielte doch dieser Aspekt der Außenpolitik im von der Debatte um einen möglichen Irak-Krieg gekennzeichneten Bundestagswahlkampf 2002 nur eine untergeordnete Rolle (vgl. Hilmer 2003: 213f.).

Insgesamt betrachtet, hängt die Wahlabsicht 2002 – wie auch 1987 und 1998 – vor allem von der Existenz einer spezifischen Parteiidentifikation, der den Parteien zu-

geschriebenen Problemlösungskompetenz und der Kanzlerpräferenz ab. Von den sozialstrukturellen Variablen weisen nur eine hohe Kirchengangshäufigkeit im Westen sowie Gewerkschaftsmitgliedschaft und hohe Bildung im Osten einen signifikanten Einfluss auf das Wahlverhalten auf. Im Unterschied zu den Analysen der Bundestagswahlen 1987 und 1998 zeigte 2002 die seitens der Wähler vermutete Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage einen signifikant positiven Effekt. Wenn ein Befragter die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik in einem Jahr als „wesentlich besser“ oder „etwas besser“ vermutete, dann stieg die Wahrscheinlichkeit, dass er sich für eine der beiden Regierungsparteien SPD und Grüne entschied.

Tabelle 8: Bedingte logistische Regression zur Voraussage der Wahlabsicht bei einer Fünf-Parteien-Wahl, 2002 (Standardfehler in Klammern)

Attribute	Ideologie und Policy-Faktoren		Vereinigtes Modell (nach Adams et al. 2005)		Vereinigtes Modell (erweitert)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Links-Rechts	,117 (,008)**	,088 (,008)**	,067 (,009)**	,059 (,009)**	,056 (,010)**	,045 (,011)**
Ausländerpolitik	,012 (,004)**	,041 (,005)**	,005 (,005)	,029 (,007)**	-,001 (,006)	,024 (,008)**
Europapolitik	,03 (,008)**	-,139 (,025)**	,026 (,012)*	-,133 (,033)**	,020 (,015)	-,109 (,039)**
Kernenergie	,023 (,004)**	,028 (,005)**	,008 (,005)	,019 (,006)**	,006 (,005)	,013 (,007)*
Problemlösungskompetenz wichtigstes Problem					,837 (,153)**	,841 (,198)**
Problemlösungskompetenz zweitwichtigstes Problem					,673 (,145)**	,934 (,192)**
Parteiidentifikation			2,79 (,108)**	2,74 (,128)**	1,91 (,123)**	1,71 (,152)**
Häufiger Kirchengang (CDU/CSU)			1,89 (,406)**	1,19 (,655)	1,60 (,457)**	,843 (,705)
Gewerkschaftsmitglied (SPD)			,576 (,250)*	1,44 (,311)**	,185 (,271)	1,15 (,347)**
Selbstständig (FDP)			,237 (,381)	-,311 (,584)	,631 (,387)	,712 (,563)
Hohe Bildung (Grüne)			-,170 (,219)	,234 (,265)	,343 (,211)	1,01 (,263)**
Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage					1,09 (,308)**	,592 (,387)
Kanzlerpräferenz					1,91 (,123)**	1,10 (,125)**
N	951	681	951	681	951	681
Log likelihood	-1253,02	-915,72	-670,26	-541,98	-566,48	-411,55
AIC	2,644	2,701	1,429	1,618	1,219	1,247
Pseudo R <sup>2</sup>	,181	,165	,562	,506	,630	,625

Anmerkungen: \*\*  $p \leq ,01$ ; \*  $p \leq ,05$ .

Quelle: Eigene Berechnungen.

Übertragen auf den auf Basis der drei Modelle vorhergesagten Stimmenanteil liegt im Fall der westdeutschen Bundesländer wiederum das vereinigte Modell unter Einschluss der drei hier als Erweiterung vorgeschlagenen Variablen deutlich näher an der Wahlabsicht in der Stichprobe als die beiden anderen Modelle (siehe *Tabelle 9*). Dies gilt jedoch nicht für Ostdeutschland, wo die aufsummierten Abweichungen im Endmodell den gleichen Betrag wie im Fall des unmodifizierten Modells erreichen. Insbesondere der Anteil der PDS wird im Endmodell unter- und der der SPD deutlich überschätzt. Dies war auch beim Modelltest mit den Daten zur Bundestagswahl 1998 bereits der Fall. Eine Ursache dafür ist, dass die PDS-Wähler zu jeweils rund zwei Dritteln Schröder als Kanzler gegenüber dem Amtsinhaber Helmut Kohl (CDU) 1998 und dem Herausforderer Edmund Stoiber (CSU) bei der Wahl 2002 favorisierten.

*Tabelle 9:* Vorausgesagte Stimmenanteile in Prozent für eine Fünf-Parteien-Wahl je Modell, getrennt nach West- und Ostdeutschland, 2002

	Wahlabsicht in der Stichprobe		Ideologie und Policy-Faktoren		Vereinigtes Modell (nach Adams et al. 2005)		Vereinigtes Modell (erweitert)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
CDU/CSU	38,6	30,7	22,2	17,8	35,3	26,9	37,6	28,9
SPD	39,0	41,4	21,2	26,0	35,3	37,8	38,2	45,4
FDP	8,1	4,9	24,9	22,8	10,1	9,7	7,4	6,4
Grüne	12,6	6,5	16,3	17,0	13,3	10,0	12,7	9,2
PDS	1,7	16,5	15,4	16,4	6,0	15,7	4,1	10,1
Summe der Abweichungen			68,4	56,8	14,0	16,5	5,0	16,5

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

Was bedeuten die hier gewonnenen Erkenntnisse in der Zusammenschau? Zum einen beeinflussen Positions-Issues in nur geringem Ausmaß das Wahlverhalten bei den drei hier untersuchten Wahlen zum Deutschen Bundestag. Dies gilt insbesondere für die Distanzen zwischen Wählern und Parteien bei Sachfragen, aber auch – zu einem geringeren Ausmaß – für die ideologische Distanz auf Basis einer allgemeinen Links-Rechts-Dimension.<sup>8</sup> Von wesentlich größerem Einfluss sind hingegen Valenz-Issues. Traut man einer Partei die Lösung von Problemen zu, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Wähler für diese Partei entscheidet. Eine ebenso hohe Erklärungskraft haben die Faktoren Parteiidentifikation und Kanzlerpräferenz. Nicht nur bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, sondern auch bei der Wahl 1987 legten die Wähler ein deutlich kandidatenzentriertes Wahlverhalten an den Tag.

Es lassen sich zudem keine Anzeichen für ein „Dealignment“ und damit eine geringere Prägekraft der traditionellen Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteien ausmachen. Die Zugehörigkeit zum kirchengebundenen Milieu hat – zumindest in

<sup>8</sup> Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Einbeziehung von Variablen, die die Positionen der Befragten zu spezifischen Policy-Issues wiedergeben, aufgrund der hohen Anzahl fehlender Werte zu einem deutlichen Rückgang der Fallzahl führt. Daher wurden die Regressionsmodelle auch ohne die jeweiligen Policy-Distanzparameter berechnet. Da sich diese Ergebnisse jedoch kaum von den hier präsentierten Resultaten unterscheiden, wurde auf eine nähere Darstellung verzichtet.

Westdeutschland – nach wie vor einen deutlich positiven Einfluss auf die Wahl von CDU und CSU. Ähnliches gilt für die Bindung von Gewerkschaftsmitgliedern an die SPD bei ostdeutschen Wählern. Auch das sozialstrukturelle Merkmal „hohe Bildung“ übt einen positiven Effekt auf die Wahl von Bündnis90/Grüne in den neuen Bundesländern sowie auf die Wähler in Westdeutschland bei der Wahl 1998 aus. Für die vermutete Affinität von Selbstständigen zur FDP zeigt sich hingegen in den Endmodellen bei keiner der drei Bundestagswahlen empirische Evidenz. Auch gibt es keine Anzeichen dafür, dass die prospektive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage einen Einfluss bei jeder Bundestagswahl hat. Hier konnte ein solcher Wirkungsmechanismus, der die Wahl der Regierungsparteien positiv beeinflussen sollte, nur für die Wahl 2002 festgestellt werden.

### 6. Schlussbetrachtung

In diesem Aufsatz wurde das Modell des Wahlverhaltens von Adams, Merrill und Grofman (2005) auf Wahlen zum deutschen Bundestag angewandt. Es wurde gefragt, welche der in der Literatur genannten Faktoren das Wahlverhalten am besten erklären können. Der Vorteil des theoretischen Zugangs dieses Modells liegt darin, dass auf rationalem Handeln basierende Annahmen mit sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Ansätzen des Wahlverhaltens verknüpft werden können. Damit wird auch der Versuch unternommen, die in der empirisch-analytischen Politikwissenschaft häufig wahrnehmbare Trennlinie zwischen behaviouralistischen und „rational choice“-Ansätzen zu überwinden. Der Vorteil der hier verwendeten Methode einer bedingten logistischen Regression zeigt sich darin, dass für das Wahlverhalten in Deutschland und damit über die Parteien hinweg die Bedeutung der jeweiligen Einflussfaktoren bestimmt werden konnte. In bisherigen Analysen wurde der Einfluss von Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierung lediglich separat für die einzelnen Parteien geschätzt (vgl. etwa Kellermann/Rattinger 2005: 198f.) oder anhand transformierter Individualdatensätze bestimmt (Schmitt 1998: 151ff.).

Dennoch scheint auch die von Adams, Merrill und Grofman (2005) vorgeschlagene Einbeziehung von Parteiidentifikation und sozialstrukturellen Merkmalen der Realität zumindest für den deutschen Fall nicht zu genügen. Durch eine Erweiterung um die Faktoren Kanzlerkandidatenpräferenz, Problemlösungskompetenz und Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage konnte gezeigt werden, dass vor allem die beiden erstgenannten Faktoren neben der Parteiidentifikation und – zumindest partiell – sozialstrukturellen Determinanten einen deutlichen Einfluss auf das Wahlverhalten ausüben. Damit treten hinsichtlich der Erklärungskraft für das Wahlverhalten – abgesehen von der Parteiidentifikation – die zentralen Variablen des „unified models“ von Adams, Merrill und Grofman (2005) gegenüber den hier neu eingebauten Faktoren in den Hintergrund, was die Ergebnisse der Studie von Schmitt (1998) für die Bundestagswahlen 1990 und 1994 erneut untermauert. Wenn Wähler sich auf der Grundlage inhaltlicher Fragen entscheiden, dann tun sie das weniger durch eine Evaluierung ihrer ideologischen oder politikfeldspezifischen Distanz zu einer Partei, sondern fragen vielmehr, ob die für sie wichtigen Probleme von einer zur Wahl stehenden

Partei gelöst werden können. Diese höhere Erklärungskraft von Valenz- gegenüber Positions-Issues im Hinblick auf das Wahlverhalten konnte von Clarke, Sanders, Stewart und Whiteley (2004: 98ff.) auch für Großbritannien nachgewiesen werden. Auch Studien, die ein Vorhandensein von kandidatenzentriertem Wählen in Deutschland diagnostizieren (vgl. z.B. Schoen 2007), können anhand der hier vorgestellten Analysen bestätigt werden. Dies kann als ein Anreiz angesehen werden, das Modell von Adams, Merrill und Grofman mit den in diesem Beitrag vorgenommenen Erweiterungen auf andere Länder zu übertragen und damit zu testen, inwiefern die Erklärungskraft von Valenz- gegenüber Positions-Issues generell höher ist. Weiterhin kann gefragt werden, ob sich – unter Kontrolle der hier mit einbezogenen Variablen zum kandidatenorientierten Wählen – auch im internationalen Vergleich ein solch deutlicher Effekt dieses Faktors zeigt.

#### Literatur

- Adams, James F., 2001: Party Competition and Responsible Party Government. A Theory of Spatial Competition Based upon Insights from Behavioral Voting Research. Ann Arbor.
- Adams, James F./Merrill, Samuel/Grofman, Bernard, 2005: A Unified Theory of Party Competition. Cambridge.
- Alvarez, R. Michael/Nagler, Jonathan, 1998: When Politics and Models Collide: Estimating Models of Multiparty Elections, in: American Journal of Political Science 42, 55–96.
- Arzheimer, Kai, 2006: „Dead man walking?“ Party Identification in Germany, 1977–2002, in: Electoral Studies 25, 791–807.
- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.
- Bretschneider, Frank, 2002: Spitzenkandidaten und Wählerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden.
- Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus, 1998: Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. Opladen.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E., 1960: The American Voter. Chicago.
- Clarke, Harold D./Sanders, David/Stewart, Marianne C./Whiteley, Paul F., 2004: Political Choice in Britain. Oxford.
- Dalton, Russell J., 1984: The West German Party system between Two Ages, in: Dalton, Russell J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul A. (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment? Princeton, 104–133.
- Dalton, Russell J./Beck, Paul A./Flanagan, Scott C., 1984: Electoral Change in Advances Industrial Democracies, in: Dalton, Russell J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul A. (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment? Princeton, 3–22.
- Downs, Anthony, 1957: An Economic Theory of Democracy. New York.
- Eckstein, Gabriele/Pappi, Franz Urban, 1994: Die politischen Wahrnehmungen und die Präferenzen der Wählerschaft in Ost- und Westdeutschland: Ein Vergleich, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen, 397–421.
- Forschungsgruppe Wahlen, 1987: Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18, 253–284.
- Forschungsgruppe Wahlen, 2005: Zweite Runde für Rot-Grün: Die Bundestagswahl vom 22. September 2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden, 15–49.
- Gabriel, Oscar W./Neller, Katja, 2005: Kandidatenorientierungen und Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1949–2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden, 213–243.

- Grofman, Bernhard, 1985: The Neglected Role of the Status Quo in Models of Issue Voting, in: *Journal of Politics* 47, 230–237.
- Grofman, Bernhard, 2004: Downs and Two-Party Convergence, in: *Annual Review of Political Science* 7, 25–46.
- Hilmer, Richard, 2003: Bundestagswahl 2002: eine zweite Chance für Rot-Grün, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34, 187–219.
- Hinich, Melvin J./Munger, Michael C., 1997: *Analytical Politics*. Cambridge.
- Inglehart, Ronald, 1977: *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton.
- Kellermann, Charlotte/Rattinger, Hans, 2005: „Round up the usual suspects“: Die Bedeutung klassischer Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, 189–212.
- Kiewiet, D. Roderick, 1983: *Macroeconomics and Micropolitics: The Electoral Effects of Economic Issues*. Chicago.
- Kinder, Donald R./Kiewiet, D. Roderick, 1979: Economic Discontent and Political Behaviour: The Role of Personal Grievancies and Collective Economic Judgements in Congressional Elections, in: *American Journal of Political Science* 23, 495–527.
- Kitschelt, Herbert, 1994: *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge.
- Klein, Markus/Falter, Jürgen, 2003: *Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung*. München.
- Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.), 2000: *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden.
- Klingemann, Hans-Dieter/Taylor, Charles L., 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 301–347.
- Kunz, Volker/Thaidigsmann, S. Isabell, 2005: Die Relevanz von Themenorientierungen für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, 50–76.
- Lazarsfeld, Paul/Berelson, Bernhard/Gaudet, Hazel, 1944: *The Peoples Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York.
- Lewis-Beck, Michael S./Stegmaier, Mary, 2000: Economic Determinants of Electoral Outcomes, in: *Annual Review of Political Science* 3, 183–219.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, 1967: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York/London, 1–64.
- Long, J. Scott, 1997: *Regression Models for Categorical and Limited Dependent Variables*. Thousand Oaks.
- Long, J. Scott/Freese, Jeremy, 2003: *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. College Station.
- McFadden, Daniel, 1974: Conditional Logit Analysis of Qualitative Choice Behaviour, in: Zarembka, Paul (Hrsg.), *Frontiers in Econometrics*. New York, 105–142.
- Merrill, Samuel/Grofman, Bernhard, 1999: *A Unified Theory of Voting. Directional and Proximity Spatial Models*. Cambridge.
- Müller, Walter, 1997: Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, 747–760.
- Müller, Walter, 1998: Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, 3–46.
- Müller, Walter, 2000: Klassenspaltung im Wahlverhalten – Eine Reanalyse, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52, 790–795.
- Pappi, Franz U., 1973: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift* 14, 191–213.

- Pappi, Franz U., 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 195–229.
- Pappi, Franz U., 1985: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität und Wandel, in: *Oberndörfer, Dieter/Rattinger, Hans/Schmitt, Karl* (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, 263–290.
- Pappi, Franz U./Gschwend, Thomas, 2005: Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, in: *Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, 284–305.
- Pappi, Franz U./Shikano, Susumu, 2001: Personalisierung der Politik in Mehrebenensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42, 355–387.
- Pappi, Franz U./Shikano, Susumu, 2002: Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54, 444–475.
- Parsons, Talcott, 1971: *The System of Modern Societies*. Englewood Cliffs.
- Rabinowitz, Stuart/Macdonald, Elaine, 1989: A Directional Theory of Issue Voting, in: *American Political Science Review* 83, 93–121.
- Rabinowitz, Stuart/Macdonald, Elaine/Listhaug, Ola, 1998: On Attempting to Rehabilitate the Proximity Model: Sometimes the Patient Just Can't Be Helped, in: *Journal of Politics* 60, 653–690.
- Rattinger, Hans, 1986: Collective and individual economic judgments and voting in West Germany, 1961–1984, in: *European Journal of Political Research* 14, 393–419.
- Rattinger, Hans/Faas, Thorsten, 2001: Wahrnehmungen der Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1977 bis 1998, in: *Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden, 283–308.
- Rohe, Karl, 1992: *Wahlen und Wählertraditionen*. Frankfurt a.M.
- Roller, Edeltraud, 1998: Positions- und performanzorientierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1994, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*. Opladen, 173–219.
- Römmele, Andrea, 2005: Personen oder Inhalte? Politikvermittlung in deutschen Wahlkämpfen, in: *Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, 414–433.
- Roth, Dieter, 1998: *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. Opladen.
- Schmitt, Hermann, 1998: Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz? Zwei Modelle des Einflusses politischer Streitfragen auf das Wahlverhalten und die empirische Evidenz aus drei Nachwahlumfragen zur Bundestagswahl 1994, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994*. Opladen, 145–172.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Weick, Stephan/Christoph, Bernhard, 2006: Shaky Attachments: Individual-level Stability and Change of Partisanship among West German Voters, 1984–2001, in: *European Journal of Political Research* 45, 581–608.
- Schnell, Rainer/Kohler, Ulrich, 1995: Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47, 634–658.
- Schoen, Harald, 2007: Campaigns, Candidate Evaluations, and Vote Choice: Evidence from German Federal Elections, 1980–2002, in: *Electoral Studies* (im Erscheinen).
- Stokes, Donald E., 1963: Spatial Models of Party Competition, in: *American Political Science Review* 57, 368–377.
- Vetter, Angelika/Gabriel, Oscar W., 1998: Candidate Evaluations and Party Choice in Germany, 1972–94: Do Candidates Matter?, in: *Anderson, Christopher/Zelle, Carsten* (Hrsg.), *Stability and Change in German Elections: How Electorates Merge, Converge or Collide*. New York, 71–98.

- Wattenberg, *Martin P.*, 1991: *The Rise of Candidate-Centered Politics. Presidential Elections of the 1980s.* Cambridge/London.
- Weßels, *Bernhard*, 2000: Kanzler- oder Politikwechsel? Bestimmungsgründe des Wahlerfolgs der SPD bei der Bundestagswahl 1998, in: *van Deth, Jan/Rattinger, Hans/Roller, Edeltraud* (Hrsg.), *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit.* Opladen, 35–65.
- Wolf, *Christof*, 1996: Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift* 37, 713–734.